

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

vol. XXXI 2-2015

GEWERKSCHAFTSARBEIT IN NORD UND SÜD

Schwerpunktredaktion: Julia Eder

Herausgegeben von:
Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

Inhalt

- 4 JULIA EDER
Gewerkschaftsarbeit in Nord und Süd in Zeiten deregulierter
Globalisierung
- 11 JULIA HOFMANN
Gewerkschaftsarbeit im Süden Europas: Spanische Gewerkschaften
sowie Arbeitsbeziehungen vor und nach der Krise
- 31 DEVAN PILLAY
Zwischen Fragmentierung und Wiederbelebung: COSATU,
NUMSA und die Politik für die Arbeiterklasse in Südafrika
- 53 TIM PRINGLE, DANIEL FUCHS
Chinas ArbeiterInnen schlagen zurück: Migrantische Kämpfe und
Perspektiven gewerkschaftlicher Reform
- 79 DARIO AZZELLINI
Besetzen, Widerstand leisten, produzieren – Betriebsbesetzungen in
Argentinien, Brasilien, Uruguay und Venezuela
- Essays*
- 106 MARCUS STROHMEIER
Der ÖGB als aktiver Akteur in der Entwicklungszusammenarbeit:
Vom internationalen Selbstverständnis
- 114 SEPP WALL-STRASSER
20 Jahre weltumspannend arbeiten: Internationale
Gewerkschaftsarbeit ist entwicklungspolitische Arbeit
- 130 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 134 Impressum

DEVAN PILLAY

**Zwischen Fragmentierung und Wiederbelebung:
COSATU, NUMSA und die Politik für die Arbeiterklasse
in Südafrika**

I. Einleitung

Das Marikana-Massaker an 32 streikenden Bergarbeitern im August 2012 wurde in der südafrikanischen Arbeitergeschichte zum dramatischen Wendepunkt. Zum ersten Mal seit dem großen Streik weißer Minenarbeiter im Jahr 1922 wurden streikende Arbeiter vom Staat getötet. Während jedoch die Ereignisse 1922 zwei Jahre später zu einem Regierungswechsel führten, der in eine Allianz der weißen Arbeiterpartei und der Afrikaner Nationalpartei mündete, wurde der 2012 regierende Afrikanische Nationalkongress ANC – unterstützt vom südafrikanischen Gewerkschaftsbund COSATU und der südafrikanischen Kommunistischen Partei SACP – im Jahr 2014 mit einer deutlichen Mehrheit von 62,15 Prozent der ausgezählten Stimmen wiedergewählt.

Obwohl dies eine beachtliche Leistung ist, verdeckt diese Wählermehrheit die Tatsache, dass unter allen Wahlberechtigten (d.h. einschließlich einer wachsenden Zahl jener, die nicht wählen gingen), die Unterstützung für die regierende Partei seit 1994 kontinuierlich von 54 auf 35 Prozent gesunken ist. Tatsächlich gab es bei den Nationalwahlen 2014 eine vorgeblich ‚linke‘ Abspaltung vom ANC, die sich „Kämpfer für die wirtschaftliche Freiheit“ („Economic Freedom Fighters“, EFF) nennt und 6 Prozent der Stimmen gewann. Außerdem verweigerte die wichtigste Mitgliedsgewerkschaft des COSATU, die südafrikanische Metallarbeitergewerkschaft NUMSA, der regierenden Partei ihre Unterstützung. Zu dieser folgenreichen Entscheidung war es auf einem Sonderkongress der NUMSA im Dezember 2013 gekommen, bei dem sich der Gewerkschafts-

bund von der regierenden Allianz distanzierte und die Bildung einer oppositionellen Einheitsfront von Zivilgesellschaftsorganisationen (UF) sowie einer ‚Bewegung für den Sozialismus‘ in Erwägung zog.

Die Entscheidung der NUMSA führte zu ihrem Ausschluss aus dem COSATU sowie zum Ausschluss des Generalsekretärs des Gewerkschaftsbundes, Zwelinzima Vavi, einem harten Regierungskritiker. Sieben Mitgliedsgewerkschaften des COSATU, die (gemeinsam mit NUMSA) etwa 40 Prozent der Mitglieder stellten, schlossen sich zur Unterstützung der NUMSA und des Generalsekretärs Vavi zusammen und forderten einen Sonderkongress zur Diskussion dieser Ausschlüsse. Diese dramatischen Ereignisse ebneten den Weg für eine bedeutende Neuausrichtung der Gewerkschaftsbewegung im Speziellen und der Politik für die Arbeiterklasse („working class politics“) im Allgemeinen.

Dieser Artikel folgt den Spuren des Aufstiegs und Falls des „Social Movement Unionism“ (SMU) in Südafrika und stellt sich die Frage, ob die kürzlich erfolgte Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zu einer Wiederbelebung der Politik für die Arbeiterklasse führen könnte.

2. Der Aufstieg und Fall des „Social Movement Unionism“

2.1 Der größere Zusammenhang

Südafrika ist das am meisten industrialisierte Land des afrikanischen Kontinents, mit einem großen Bergbausektor (mit Gold-, Diamanten-, Kohle- und Platinminen als Hauptquellen für Staatseinnahmen und Beschäftigung), mit einem hochentwickelten Einzelhandels- und Finanzsektor und einem wichtigen, wenn auch rückläufigen Fertigungssektor (mit der Automobilindustrie und der damit verbundenen nachgelagerten Industrie) als Schlüsselkomponenten. Als ein sogenanntes „Entwicklungsland mittleren Einkommens“ ist Südafrika ein Mitglied der BRICS-Staaten (mit Brasilien, Russland, Indien und China) und anderer Foren, die danach trachten, die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Südens voranzutreiben. Dennoch wird die Wirtschaft des Landes von einer weißen Wirtschaftselite beherrscht, die starke Verbindungen zu den Industrieländern aufrechterhält, vor allem mit der Europäischen Union und den USA, die noch immer die wichtigsten Handelspartner sind.

Nach 1994 empfing Südafrika die neoliberale Globalisierung mit offenen Armen, und nach erheblicher Kapitalflucht ist das Land heute von Fremdinvestitionen abhängig geworden, um Wirtschaftswachstum zu erzielen. Südafrika fährt mittlerweile einen vorsichtigen Kurs zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern. Die städtische Arbeiterklasse spielt eine entscheidende Rolle in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung steigender Ungleichheit und anhaltender Armut. Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei 25 Prozent – inoffizielle Erhebungen gehen von eher 35 Prozent aus.

Heute stellen die Sektoren Bergbau und Fertigung, obwohl sie als Arbeitgeber an Bedeutung verlieren, noch immer eine bedeutende Quelle für Steuereinnahmen, Exporte und Beschäftigung dar. Daher ist es wenig überraschend, dass es sich bei den beiden größten Gewerkschaften des Landes seit den 1980ern um die Nationale Bergarbeitergewerkschaft (NUM) und die Nationale Metallarbeitergewerkschaft (NUMSA) handelt. Während die NUMSA noch immer die größte Gewerkschaft des Landes ist (mit etwa 320.000 Mitgliedern), erlebte die NUM einen beträchtlichen Rückgang (auf etwa 180.000 Mitglieder), da sie nach dem Marikana-Massaker im Jahr 2012 Tausende Mitglieder an eine NUM-Abspaltung, die AMCU („Association of Mineworkers and Construction Union“), verlor. Heute wird sie innerhalb des COSATU von der zum öffentlichen Sektor gehörenden NEHAWU („National Education Health and Allied Workers Union“), die über 200.000 Mitglieder zählt, an Größe und Einfluss überboten (Mail And Guardian, 21.11.2014).

Nun folgt ein kurzer Abriss der Geschichte der Gewerkschaften unter schwarzen ArbeiterInnen, die ihre Arbeit unter dem Einfluss des ANC und der kommunistischen Partei zunächst auf die politischen Parteien und Institutionen fokussierten. In den 1980er Jahren setzte sich dann der „Social Movement Unionism“ durch, dessen Aufstieg allerdings nicht lange währte – bereits ab 1990 konnte sich die alte Form des Gewerkschaftswesens neue Geltung verschaffen.

2.2 Die frühe Geschichte: Vom „Political Unionism“ zum „Social Movement Unionism“

Die Organisation der schwarzen ArbeiterInnen begann vor dem Ersten Weltkrieg innerhalb der Bergbauindustrie und breitete sich nach und nach auf die sich schnell entwickelnde Fertigungsindustrie in den städtischen Zentren aus. Die CPSA („Communist Party of South Africa“) spielte, genauso wie andere unabhängige linksorientierte Gruppierungen, eine wesentliche Rolle bei der Organisation der Arbeiterschaft. Nachdem die Afrikaner Nationalpartei 1948 an die Macht gekommen war, verbot sie die CPSA, die dann im Untergrund als SACP wieder auftauchte (Simons/Simons 1983). Während der 1950er Jahre wurde der südafrikanische Gewerkschaftsbund SACTU („SA Congress of Trade Unions“) mit starker Einbindung der SACP-AktivistInnen gegründet, und er wurde schließlich gemeinsam mit dem ANC und anderen Gruppierungen¹ Teil der Kongressallianz („Congress Alliance“). Alle GewerkschafterInnen wurden dazu ermutigt, dem ANC beizutreten, und während der SACTU zeitweise versuchte, seine Unabhängigkeit zu behaupten, war er größtenteils dem ANC untergeordnet. So setzte sich ein auf die Parteipolitik fokussiertes Gewerkschaftswesen durch. Die Anzahl der SACTU-Mitglieder verringerte sich schließlich in den 1960er Jahren stark, nachdem der ANC gemeinsam mit dem von ihm abgespaltenen panafrikanischen Kongress PAC („Pan-Africanist Congress“) verboten wurde. Der Gewerkschaftsbund tat sich daraufhin mit dem ANC zusammen, um den Befreiungskampf aus dem Exil fortzuführen (Friedman 1984).

Die Wiedergeburt der radikalen Gewerkschaftsbewegung in Südafrika nach dem Streik 1973 war folgenreich und brachte eine neue Art der Politik für die Arbeiterklasse („working class politics“) hervor, die den ‚demokratisch-zentralistischen‘ (oder Vorreiter-) Marxismus-Leninismus der pro-sowjetischen SACP herausforderte. Diese neuen Gewerkschaften vertraten eine radikale Vorstellung einer tiefgehenden, partizipatorischen sozialistischen Demokratie, die vom aktivistischen Akademiker Rick Turner (1972, „Eye of the Needle“) inspiriert wurde (vgl. Keniston 2010). Als diese Gewerkschaften, die auf tiefgreifenden demokratischen Praktiken, den Prinzipien der ArbeiterInnenkontrolle sowie der politischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften basierten, wuchsen, wurden sie als „shopfloor unions“ (Basisgewerkschaften) bekannt, da sie die Organisa-

tion am Arbeitsplatz in den Vordergrund stellten. Sie legten besonderes Augenmerk darauf, nicht in die Politik der Staatsmacht verwickelt zu werden und vermieden so übermäßige Unterdrückung durch den Staat und die Einmischung externer politischer AkteurInnen. Als jedoch der Kampf gegen die Apartheid während der 1980er Jahre wieder an Fahrt aufnahm, wurden sie von einer – auf das Parteiwesen ausgerichteten – Politik neuer Gewerkschaften herausgefordert, die versuchten, die politische Tradition der ANC/SACP/SACTU-Strömung innerhalb des Landes wieder aufleben zu lassen. Die Bildung der Demokratischen Einheitsfront UDF („United Democratic Front“) im Jahr 1983 gab diesem Trend noch weiteren Schwung (Friedman 1984).

Der strategische Kompromiss zwischen den Basisgewerkschaften und den UDF²-nahen Gewerkschaften, geschmiedet in der kritischen Phase 1985–87 (nachdem im Jahr 1985 der COSATU gebildet worden war), setzte die radikal-demokratische Vision der Basisgewerkschaften, die auf der unabhängigen Organisation der Arbeiterklasse basierte, aufs Spiel. Was John Saul (1986) eine ‚volksdemokratische‘ Synthese nannte – die Verbindung von Produktionspolitik und breiterer Community-/Staatsmacht-Politik (Burawoy 1985) –, war dazu gedacht, die schwächenden Effekte zweier Arten von ‚Operatismus‘ („workerism“) zu umgehen: Erstens den engen *Ökonomismus* (ausschließlicher Fokus auf die Arbeitsstätten, der zum Ausschluss der breiteren Arbeiterklassen in anderen Kampffeldern führt), und zweitens einen engen ‚*Syndikalismus*‘ (wo Gewerkschaften als politische AkteurInnen auftreten, aber unter dem Beinahe-Ausschluss der Community- oder anderer politischer Organisationen). Zugleich wurden die schwächenden Auswirkungen des *Populismus* (eine Überbetonung der Bedeutung von der Erlangung umfassender Staatsmacht oder des Führens breiterer nationalistischer Kämpfe bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Organisierung am Arbeitsplatz) durch das Beharren der Gewerkschaften auf ihrer Unabhängigkeit von politischen AkteurInnen, mit denen sie Allianzen eingegangen waren, verringert – Prinzipien, die zu Eckpfeilern des COSATU wurden (Pillay 2008).

In der Theorie sah diese Kombination die Arbeiterklasse als Anführer der Kämpfe um die Staatsmacht – eine Form von antisystemischem und transformativem „Social Movement Unionism“ (SMU). Dabei ist eine Gewerkschaftsform gemeint, die erstens eine breite Definition von ‚Arbei-

terklasse³ hat; zweitens tiefgreifende interne demokratische Praktiken etabliert; drittens sich sowohl bei Kämpfen am Arbeitsplatz als auch bei breiteren Auseinandersetzungen außerhalb des Arbeitsplatzes engagiert⁴; viertens aktiv Allianzen mit Organisationen außerhalb des Arbeitsplatzes eingeht; und schließlich auf diese Weise Unabhängigkeit und organisatorische Integrität aufrechterhält. Anders als SMUs für ‚soziale Gerechtigkeit‘, die Reformen innerhalb des Systems anstreben, haben transformative SMUs eine anti-kapitalistische Orientierung. SMUs heben sich vom engeren, auf die politischen Institutionen und Parteien konzentrierten Gewerkschaftswesen („political unionism“) ab; also von Gewerkschaften politischer Parteien⁵, die wie Versicherungsunternehmen funktionieren („business unionism“) oder aber auch jenen, die ihre Aufmerksamkeit auf Kollektivvertragsverhandlungen und Themen rund um den Arbeitsplatz beschränken (Pillay 2013b). Es handelt sich bei dieser Differenzierung natürlich um Idealtypen. In der Praxis stellt sich die Situation viel chaotischer dar, und COSATU-Mitgliedsgewerkschaften können über lange Zeiträume selten nur einem Typus zugeordnet werden. Dennoch dominierte im Allgemeinen in der frühen Phase der Geschichte vom COSATU der antisystemische SMU-Typ, aber nach 1990 setzte sich das auf politische Institutionen fokussierte Gewerkschaftswesen nach und nach durch (im Wettstreit mit dem SMU und in geringerem Maß mit dem Modell der wie Versicherungsunternehmen geführten Gewerkschaften des „business unionism“).

2.3 Das Wiederaufstreben des „Political Unionism“ nach 1990

Nach 1990, als der ANC und die SACP wieder legal zugelassen waren, zu den dominanten politischen Kräften innerhalb des Landes wurden und COSATU offiziell Teil der Drei-Parteien-Allianz („tripartite alliance“) wurde, sah sich der Gewerkschaftsbund COSATU immer mehr zwischen einem robusten „Social Movement Unionism“ auf der einen Seite und einem zahmeren politisch orientierten Gewerkschaftswesen auf der anderen Seite gefangen. Zusätzlich gab es stärker werdende Zeichen von unternehmerisch inspiriertem Gewerkschaftswesen („business unionism“), vor allem mit dem Aufstieg von gewerkschaftlichen Investmentunternehmen („union investment companies“) (Pillay 2011). Dies verschlimmerte sich, als führende GewerkschafterInnen die Gewerkschaften

verließen, um dem ANC in der Regierung oder im Parlament beizutreten, wobei einige schlussendlich in die Privatwirtschaft gingen. Während steigende Ungleichheit und Arbeitslosigkeit sicherstellte, dass sich ArbeiterInnen aktiv für eine größere Verteilungsgerechtigkeit starkmachten, ordnete sich der COSATU, vor allem während der Wahlperioden, zugleich der regierenden Partei unter und wurde auf industrieller, regionaler und nationaler Ebene in institutionalisierte Verhandlungsforen für korporatistische Entscheidungsfindung verstrickt. Im Kontext von vergleichsweise hoher, aber immer noch moderater gewerkschaftlicher Organisationsdichte von etwa 30 Prozent (im Gegensatz zu 80 Prozent in Schweden, dem Modell für erfolgreichen Korporatismus) brachte die Teilnahme an der regierenden Partei und an Plattformen einige Vorteile, lenkte jedoch die Aufmerksamkeit weg vom Aufbau der Gewerkschaftsbewegung.

Der COSATU jedoch bewahrte sich einen wesentlichen SMU-Impuls und versuchte erbittert, seine organisatorische Unabhängigkeit beizubehalten. Während der Druck von unten sicherstellte, dass die führenden GewerkschaftsfunktionärInnen sich nicht zu weit von ihren Kernwerten entfernten, veränderte sich die Gewerkschaftsmitgliedschaft selbst – nicht zuletzt durch den schnellen Eintritt von ArbeiterInnen des öffentlichen Sektors in den Gewerkschaftsbund, womit das Ausbildungs- und Verdienstniveau der Mitglieder im Allgemeinen stieg (obwohl die Gewerkschaften weiterhin diejenigen repräsentierten, die ‚die erwerbstätigen Armen‘ („working poor“) genannt wurden) (Buhlungu 2010). Die COSATU-Führung erkannte diese Gefahren und schaffte es, über die Jahre mehr und mehr Mitglieder zu organisieren, sowohl im Bereich formell beschäftigter ArbeiterInnen als auch eine größer werdende Zahl im Bereich informeller oder prekarisierter ArbeiterInnen. Außerdem baute sie ihre Beziehungen mit anderen Organisationen wieder auf, die für die Belange der erweiterten Arbeiterklasse kämpften. Dennoch, das Ziel von vier Millionen Mitgliedern bis 2015 verfehlten sie weit (derzeitiger Mitgliederstand: etwa zwei Millionen), und es gibt kaum erfolgreiche Ansätze zur Organisation von ArbeiterInnen in unsicheren Arbeitsverhältnissen (derzeit schätzt man, dass es sich dabei um etwa ein Drittel aller ArbeiterInnen handelt, einschließlich informalisierte ArbeiterInnen innerhalb des formellen Sektors und jene, die im informellen Sektor arbeiten, wie etwa StraßenhändlerInnen – siehe Pillay 2008).

Der Gewerkschaftsbund COSATU versuchte zu manchen Zeiten mit anderen Teilen der Gesellschaft zu kooperieren – so u.a. mit seiner Kampagne in Zusammenarbeit mit dem TAC („Treatment Action Committee“) für die Behandlung von HIV und AIDS, die mittlerweile dem Untergang geweihte Kampagne für die Einführung eines Grundeinkommens („basic income grant campaign“) und Kampagnen neueren Datums gegen „labour broking“, eine Form von Leiharbeit, sowie gegen ein elektronisches Mautsystem auf Autobahnen. Doch die Allianz mit der herrschenden Partei und andere objektive Hindernisse erschwerten die Zusammenarbeit. Von vielen Community-AktivistInnen wurde eine Konfrontationspolitik bevorzugt, die oft Gewalt zur Folge hatte und der vorsichtigeren und geordneteren Politik der Gewerkschaften entgegenstand. Die vom COSATU organisierten Streiks für Lohnerhöhungen waren nach innen gerichtet und erhielten wenig Unterstützung aus den Communitys (anders als in den 1980er Jahren). Die Marikana-Tragödie offenbarte die soziale Distanz zwischen den führenden GewerkschaftsfunktionärInnen und den Mitgliedern, als Minenarbeiter der Lonmin Mining Company und anderer Firmen am Platingürtel die NUM-Gewerkschaft verließen, da sie ihre Interessen vernachlässigt sahen, und der NUM-Abspaltung AMCU beitraten (Pillay 2013a).

Unter der Führung von Generalsekretär Zwelinzima Vavi versuchte der Gewerkschaftsbund, sich dieser Belange anzunehmen, indem er akkordierte Versuche unternahm, die ArbeiterInnen in unsicheren Arbeitsverhältnissen zu erreichen, das Verständnis innerhalb des Gewerkschaftsbundes für Umweltthemen und Ernährungssicherheit zu erweitern und die Basis für eine Rückkehr zu einem widerstandsfähigeren „Social Movement Unionism“ zu schaffen. Zugleich kritisierten Vavi und Mitgliedsgewerkschaften wie die NUMSA scharf, dass die Regierung weiter an ihrem neoliberalen ökonomischen Rahmenwerk festhielt (genauso wie an Bedrohungen der zivilen Freiheiten und an vermehrter Korruption). Dies widersprach ihrem politischen Diskurs über die Notwendigkeit von Planung, einem effizienten Entwicklungsstaat und umweltfreundlichem Wirtschaftswachstum (Satgar 2014). Diese kritische Haltung jedoch entspricht nicht der Handschrift der SACP, die Vavi und NUMSA davor warnte, von der ‚national-demokratischen Revolution‘ abzurücken und an die Regierung „unvernünftige“ sozialistische Forderungen zu stellen (Pillay 2011; SACP 2013a).

2.4 Die Rolle der SACP

Die SACP sieht sich seit 2009 der Kritik ausgesetzt, die scheinbar ‚kritische‘ Arbeiterklassenperspektive für eine Beteiligung an der Regierung aufgegeben zu haben. Die SACP führte ab 2007 gemeinsam mit COSATU und der ANC Youth League innerhalb der regierenden Partei die Kampagne zur Ablösung des amtsinhabenden Staatspräsidenten und Vorsitzenden des ANC, Thabo Mbeki, an. Sie unterstützten den sozial konservativen und rufgeschädigten stellvertretenden Präsidenten Jacob Zuma, der schließlich 2009 Präsident des Landes wurde. Zuma sieht sich immer noch mit gegen ihn erhobenen, offenen Korruptionsklagen konfrontiert (Pillay 2011).

Die Partei verteidigte sich mit dem Argument, dass sie einen verantwortungsvollen Aktionskurs verfolge, wenn sie in die Regierung eintrete und mit der Zuma-Führung zusammenarbeite, um die national-demokratische Revolution zu radikalisieren – um der ‚zweiten Phase‘ einer tieferen Transformation Substanz zu geben. Die SACP, die Avantgarde der Arbeiterklasse, könne dann aus dem Zentrum heraus die Interessen der Arbeiterklasse innerhalb der Regierung vorantreiben. Zugunsten einer langfristigen Einflussnahme müssten allerdings unvermeidliche Kompromisse geschlossen werden (SACP 2013c). Mit anderen Worten, die SACP glaubt, dass sie die Interessen der Arbeiterklasse am besten innerhalb des ANC repräsentieren kann und dem COSATU gegenüber eine ‚Vorreiter‘-Rolle einnimmt.

Seit dem Aufstieg von Zuma besetzt die SACP eine Zahl von Kabinetts-posten und hat führende Persönlichkeiten auf allen anderen Ebenen der Regierung und im Parlament. Diese Ausweitung von Parteiressourcen hat laut Vavi und NUMSA die SACP soweit fehlgeleitet, dass ihre Mitglieder nun zu Lobsängern auf die Regierung geworden sind, anstatt die Partei als wahre ‚Vorreiterin‘ der Interessen der Arbeiterklasse aufzubauen. Vavi (2014) zeigte in einer detaillierten Kritik über das Wirken der SACP seit 1996, dass die Partei im Lauf der letzten Jahre eine immer fragwürdiger werdende Politik vertrat: 1996 die orthodoxe GEAR-Politik (Makroökonomische Politik für Wachstum, Beschäftigung und Umverteilung) und später die neoliberale Politik der Regierung. Sie hat sich seither gedreht und gewendet und anstatt voranzugehen dazu tendiert, bei kritischen Themen auf den Einspruch des COSATU zu warten und dann zu reagieren. Seit

2009 scheiterte sie oft daran, den COSATU in seiner Regierungskritik zu unterstützen, wie z.B. hinsichtlich der Versuche, den Zugang zu Informationen einzuschränken oder elektronische Mautgebühren auf öffentlichen Straßen einzuheben. Genauso wenig hat sie es geschafft, einen „Entwicklungsstaat“ aufzubauen, der sich für Reindustrialisierung, das Verbot einer südafrikanischen Variante von Leiharbeit („labour broking“) und entschiedenes Vorgehen gegen Korruption einsetzt – wie u.a. im Fall des Präsidenten selbst, der öffentliche Gelder für sein Eigenheim in Nkandla bezieht. Nur im Fall des im Jahr 2013 als Grundlage für die Regierungspolitik angenommenen und vielfach gepriesenen nationalen Entwicklungsplans („National Development Plan“) trat die SACP als Kritikerin auf, nachdem zuerst die NUMSA und dann der COSATU bezüglich des neoliberalen Wirtschaftskapitels Alarm geschlagen hatten, das die stärker entwicklungsbezogenen Aspekte des Planes gleichsam fortwäscht (oder ernstlich untergräbt) (NUMSA 2013a, 2013b&2013c; Coleman 2013 und SACP 2013b).

Die anfängliche Feindseligkeit der SACP gegenüber der Wiedergeburt von radikalen unabhängigen Gewerkschaften in den 1970ern sorgte dafür, dass sie entweder rivalisierende politische Gewerkschaften aufstellten, um mit ihnen zu konkurrieren, oder in diese eintraten und sie von innen kontrollierten. Die Gründung des COSATU war, rückblickend betrachtet, der erste Schritt, den Gewerkschaftsbund nach und nach in den Schoß des SACP-Einflusses zu bringen (das bedeutete, die Unterstützung für den überwiegend nationalistischen ANC um jeden Preis aufrechtzuerhalten). Dieser Einfluss war jedoch nie absolut, und die SACP selbst bewegte sich in den 1990er Jahren von der strengen avantgardistischen Orientierung weg, nur um diese wieder geltend zu machen, nachdem Blade Nzimande im Jahr 1998 das Amt des Generalsekretärs übernommen hatte (Williams 2008). Nach und nach wurden abweichende Stimmen innerhalb der SACP beiseite geschoben und schließlich gänzlich verdrängt. Obwohl sich der SACP-Einfluss unter den COSATU-Mitgliedsgewerkschaften, einschließlich der traditionell operaistisch eingestellten Mitglieder wie NUMSA, in den letzten beiden Jahrzehnten stark verbreitet hat, hielt der COSATU einen hohen Grad an Unabhängigkeit aufrecht. Diese Unabhängigkeit jedoch wurde nach 2009 von der SACP, die – wie Vavi behauptet – eine Kampagne zur Spaltung des Gewerkschaftsbundes anführte, heftig

herausgefordert und führte schließlich zum Ausschluss der NUMSA (November 2014) und des Generalsekretärs Vavi (März 2015) (Mail And Guardian 30.03.2015).

Wie die Partei selbst anerkennt, ist der Hauptzweck der SACP immer gewesen, dem ANC rückhaltlos Unterstützung zu bieten (SACP 2014a). Während die Unterstützung für den ANC, trotz Unzufriedenheit mit der Leistung der Regierung, bei der Kernschicht der ArbeiterInnen im formalen Sektor nach wie vor relativ hoch liegt (wie kürzlich durchgeführte Umfragen unter ArbeiterInnen sowie die letzten Wahlergebnisse zeigen), legt die Herausforderung durch die NUMSA nahe, dass es einen steigenden Zwiespalt unter den ArbeiterInnen hinsichtlich der regierenden Partei und der SACP gibt.

2.5 Die Herausforderung durch die NUMSA

Der NUMSA-Sonderkongress im Dezember 2013, bei dem entschieden wurde, aus dem Gewerkschaftsbund auszutreten, war eine dramatische Kehrtwende der Kongressentscheidung vom Juli 2012 zur weiteren Unterstützung der Drei-Parteien-Allianz. Das Marikana-Massaker einen Monat später hatte die Gewerkschaft offenkundig geschockt. Tatsächlich war NUMSA die erste Gewerkschaft, die zwei Tage nach dem Massaker eine klare Stellungnahme zur Unterstützung der streikenden Minenarbeiter abgab – ein Ereignis, das eine starke Wirkung auf die Arbeiter hatte. Außerdem trugen die von der NUMSA-Führung eingenommene Haltung gegen den nationalen Entwicklungsplan, die weithin bekannt gewordenen öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen den SACP- und den NUMSA-FunktionärInnen, allen voran Generalsekretär Irvin Jim, und die offene Feindseligkeit gegenüber Vavi vonseiten SACP-nahestehenden Mitgliedern in Führungspositionen zur wachsenden Unzufriedenheit unter den NUMSA-Mitgliedern bei. Zusammen mit der Erfahrung, dass es am Arbeitsplatz nur wenig Veränderung gab (mit hoher Arbeitslosenrate, stagnierenden Reallöhnen und dem Fortbestehen eines Apartheid-Arbeitsregimes), entstanden dadurch auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene innerhalb der Gewerkschaft viele Diskussionen, die in den von unten kommenden Ruf nach einem Sonderkongress⁶ gipfelten.

Während viele NUMSA-Mitglieder möglicherweise noch immer den ANC unterstützen, ist diese Unterstützung dennoch im Schwinden

begriffen, da die Bemühungen der Gewerkschaft in den Jahren 2014 und 2015 zugenommen haben, die Kongressentscheidungen umzusetzen, um die Möglichkeiten einer „Bewegung für den Sozialismus“ auszuloten und eine „Einheitsfront“ („United Front“, UF) zu bilden (NUMSA 2013e).

Dennoch: Die Entscheidung, zunächst für eine Einheitsfront und eine Bewegung für den Sozialismus anstatt für eine voll entwickelte Arbeiter-Avantgardepartei einzutreten (wie von Irvin Jim und anderen NUMSA-SpitzenfunktionärInnen bevorzugt), spiegelt den Kompromiss wider, zu dem sich die Delegierten am Sonderkongress 2013 durchdrangen. Es gab keinen klaren Auftrag, den ANC völlig fallenzulassen und eine neue Partei zu gründen – obwohl eine klare Mehrheit für einen Rückzug aus der Drei-Parteien-Allianz war.

Diese feine Unterscheidung – zwischen allgemeiner Unterstützung für den ANC, aber nicht dafür, in einem formalen Bündnis mit ihm zu stehen – geht auf die 1980er Jahre zurück. Viele unabhängige SozialistInnen in den Gewerkschaften argumentierten energisch dagegen, dass der COSATU im Jahr 1990 Mitglied der Drei-Parteien-Allianz werden sollte, aber zugleich unterstützten sie privat Mandelas Partei und machten während der Wahlen⁷ im Jahr 1994 für den ANC Wahlwerbung.

Auch wenn die Entscheidung der NUMSA im Jahr 2013, die Drei-Parteien-Allianz zu verlassen, nicht die Absicht einschloss, dem COSATU den Rücken zu kehren, und nicht notwendigerweise die Bildung einer alternativen politischen Partei vorsah, wurde sie dennoch von vielen ihrer KritikerInnen so interpretiert. Die Messer wurden für die Metallarbeitergewerkschaft gezückt, als die SACP den Angriff anführte, um sie aus dem Gewerkschaftsbund auszuschließen. Trotz der Anstrengungen einer ANC-Arbeitsgruppe unter der Führung des ANC-Vizepräsidenten Cyril Ramaphose und der stellvertretenden Generalsekretärin Jessie Duarte, die Kluft zu schließen (mit einem Auge auf die lokalen Wahlen 2016 blickend), erreichte die SACP-Hardliner-Fraktion, insbesondere in den Gewerkschaften des öffentlichen Sektors, schließlich am 7. November 2014 ihr Ziel, als ein COSATU-Zentralausführungsausschuss (CEC) mit 33 zu 24 Stimmen entschied, seine größte Mitgliedsgewerkschaft auszuschließen⁸. Obwohl es in fünf Punkten Anschuldigungen gegen die NUMSA gab und der Ausschluss klar durch deren Abneigung gegen den ANC und die SACP motiviert war, war der ausschlaggebende Punkt die Entscheidung

der NUMSA, ihren Tätigkeitsbereich auszuweiten (Paton 2013a&2013b; Cronin 2014b). Es gibt keine COSATU-Richtlinie, die Mitgliedsgewerkschaften in ein Bündnis mit irgendeiner politischen Partei zwingt, und tatsächlich gehört eine der Mitgliedsgewerkschaften, die Gewerkschaft der Bankangestellten („SA Savings and Banking Organisation“, SASBO), nicht zur Drei-Parteien-Allianz und bezahlt auch keine politischen Mitgliedsbeiträge an den ANC oder die SACP. Die Ausweitung des Wirkungs- und Arbeitsbereichs von NUMSA geht jedoch gegen das vom Gewerkschaftsbund lange vertretene Prinzip „eine Gewerkschaft, eine Industrie“, das viele Mitgliedsgewerkschaften missachtet haben. Dennoch haben, COSATU-Präsident S’dumo Dlamini zufolge, die anderen Gewerkschaften ihre Statuten nicht dahingehend verändert, den Tätigkeitsbereich auf die Organisierung in den Sektoren anderer Gewerkschaften auszuweiten (SABC morning live, 24.II.2014). Für NUMSA-UnterstützerInnen war diese Argumentation nur ein Vorwand für den wahren Hintergrund des Ausschlusses: NUMSA wagte, aus der Drei-Parteien-Allianz auszutreten und weigerte sich, bei den Wahlen für den ANC Wahlwerbung zu machen.

NUMSA beteuert, dass sie lediglich nach der Einheit der ArbeiterInnen innerhalb des Gewerkschaftsbundes strebte und zugleich eine Rückkehr zu ihren Anfängen als unabhängige und militante Verteidigerin der Interessen der Arbeiterklasse bewirken wollte. Dennoch scheint es einen Notfallplan zu geben, falls sie daran scheitern sollte, ihren Ausschluss rückgängig zu machen. Ein neuer Gewerkschaftsverbund könnte aus dem Zusammenschluss mehrerer Gewerkschaften entstehen, die den Ausschluss des ehemaligen Generalsekretärs Vavi und der NUMSA ablehnen: darunter eine breite Produktions- und allgemeine Gewerkschaft, eine große Gewerkschaft des öffentlichen Sektors (Marrian 2014a), Gewerkschaftsbünde wie der „National Council of Trade Unions“ (NACTU), dem sich die Bergarbeiter- und Baugewerkschaft AMCU („Association of Mineworkers and Construction Union“) angeschlossen hat, sowie sieben oder acht weitere Gewerkschaften. Obwohl die Mitgliederzahlen strittig sind, wird angenommen, dass die andersdenkenden Teile der COSATU gemeinsam mit der NUMSA über 40 Prozent der Mitglieder innerhalb des COSATU ausmachen, ohne die abweichenden Kräfte innerhalb der anderen Mitgliedsgewerkschaften mitzuzählen, die mit der Unterstützung

des Ausschlusses von NUMSA durch ihre führenden FunktionärInnen nicht einverstanden waren (Mail And Guardian, 21.II.2014).

Dieses Line-Up zur Unterstützung der NUMSA brachte einige Personen im ANC bzw. in der SACP aus der Fassung. Sie fürchten, dass ein gespaltenes COSATU seine zukünftigen Wahlchancen verringern könnte. Hardliner wollen einen klaren Bruch, da sie NUMSA, in den Worten des SACP-Generalsekretär Blade Nzimande, als einen „stinkenden Leichnam“ sehen, der entfernt werden musste (Sunday Independent, 23.II.2014). Sie unterstützen eine neue Gewerkschaft, die vom früheren NUMSA-Präsidenten Cedric Gina gebildet wurde und als „Liberated Metalworkers Union of SA“ (LIMUSA) eingetragen ist, die sich seither dem COSATU angeschlossen hat (Business Day, 02.12.2014; Business Report 30/15).

Während Vavi keine Berufung gegen seinen Ausschluss aus dem COSATU einlegen wird, will er noch immer, dass die NUMSA wieder zugelassen wird – im Interesse der Arbeitereinheit. Ein gespaltenes COSATU riskiert einen weit ausgedehnten Konflikt in den Arbeitsstätten im ganzen Land. Die NUMSA, die sich dazu entschlossen hat, ihren Ausschluss vor Gericht anzufechten, wollte keinen neuen Gewerkschaftsbund initiieren, bis alle Anstrengungen unternommen worden sind, einen offenen nationalen Sonderkongress abzuhalten, um u.a. neue COSATU-Vorsitzende zu wählen (SABC TV News, 10.05.2015). In der Zwischenzeit ist Vavi am Entwicklungsprozess der „United Front“ beteiligt und nimmt damit das Unvermeidliche vorweg – die Neuausrichtung der Politik für die Arbeiterklasse.

2.6 Die Wiederbelebung der Politik für die Arbeiterklasse?

Das voraussichtliche Szenario für das Jahr 2015 sieht so aus: Es ist wahrscheinlich, dass der Ausschluss der NUMSA aus dem COSATU bestätigt wird – entweder im Rahmen des nationalen Sonderkongresses, wo die NUMSA inzwischen die Minderheit darstellt, oder im Rahmen des geplanten ordentlichen nationalen COSATU-Kongresses im November⁹. Parallel zu den Kämpfen innerhalb des COSATU macht die Gewerkschaft mit dem Aufbau von Einheitsfronten im ganzen Land Fortschritte, indem sie eine große Bandbreite von Basisorganisationen und AktivistInnen zusammenführt. Die Gewerkschaft hielt vom 16. bis 17. Dezember 2014 eine nationale, vorbereitende Versammlung ab, in deren Rahmen sie einen Arbeitsausschuss aufstellte, bestehend aus führenden NUMSA-Funktio-

närInnen und Persönlichkeiten aus sozialen Bewegungen und NGOs, mit VertreterInnen aus jeder Provinz. Die Einheitsfront UF soll, ähnlich der „United Democratic Front“ in den 1980er Jahren, eine Dachorganisation zur Koordinierung der Kämpfe in Communitys und in den Arbeitsstätten sein. Die Einheitsfront-Versammlung erklärte in ihrer Deklaration, dass, während sie der breiteren Öffentlichkeit die Hand reichen würde, ihre soziale Kernbasis „beschäftigte ArbeiterInnen, informelle/atypische ArbeiterInnen und Arbeitslose sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum sowie Frauen und die Jugend“ seien, organisiert durch Gewerkschaften und verschiedene Arten von auf Mitgliedschaft basierenden Community-Organisationen. Kernthemen beinhalten „Arbeit, Land (-verteilung) und Nahrungsmittel, Umwelt, anständige öffentliche Dienstleistungen (vor allem in den Bereichen Wohnbau, Bildung, Gesundheit, Wasser und sanitäre Einrichtungen) sowie Gewalt gegen Frauen, Kinder und die LGBT-Community“ (United Front 2014).

Zugleich ist es die Absicht der NUMSA, eine „marxistische-leninistische“ politische Partei zu bilden (Groundup, 27.04.2015). Die mögliche Beziehung zur (formal noch nicht gegründeten) UF bleibt allerdings ein Streitpunkt widerstrebender Interessen über das weitere Vorgehen. NUMSA und seine politischen Verbündeten – eine Reihe kleinerer linker Gruppierungen und Individuen – müssen noch festlegen, welche Art von Partei entstehen soll, ob z.B. eine auf den Massen basierende oder eine kleinere, leninistische Avantgarde-Partei. Die Gewerkschaft hat sich in umfangreiche Diskussionen dazu entschieden, auch mit einer Einheitsfront UF ins Gespräch zu treten. Ein neuer Gewerkschaftsbund müsste entscheiden, ob er politisch unabhängig ist oder ob er eine direkte Rolle in der neuen Partei spielt – so wie z.B. eine Sammelstimme in der Partei zu haben oder ein strategisches Bündnis mit ihr einzugehen.

Tatsächlich werden NUMSA und jeder neue Gewerkschaftsbund derselben herausfordernden Frage – wie in der aktuellen Zusammenarbeit mit dem ANC – gegenüberstehen: Wie kann die Unabhängigkeit gewahrt und dennoch die politische Entwicklung der Einheitsfront UF und einer neuen politischen Partei befördert werden? Eine Ansicht, wie sie auch von Anarchosyndikalisten und Autonomen vertreten wird, ist, keine politische Partei zu bilden und stattdessen eine völlig unabhängige Arbeiterbewegung wie die Einheitsfront UF aufzubauen, in der Gewerkschaften bei der

Einigung der gesamten Arbeiterklasse eine zentrale Rolle spielen, um eine Gegenmacht in der Gesellschaft zu entwickeln (Van der Walt 2014). Dies scheint jedoch unwahrscheinlich.

Eine transformative Strategie einer Gewerkschaft in der Tradition der SMUs würde sich dennoch in Acht nehmen müssen, nicht dem engen, auf politische Institutionen fokussierten Gewerkschaftswesen zu verfallen – wo ihre Unabhängigkeit dahinschwindet, um den Wahlerfolg einer Arbeiterpartei zu sichern. Die Lehren aus der Vergangenheit, einschließlich der jüngsten Vergangenheit in Ländern wie Brasilien, Bolivien und Ecuador, wo linksgerichtete Parteien an der Macht sind, unterstreichen die Wichtigkeit, dass Bewegungen ihre Autonomie beibehalten, auch wenn sie fortschrittlichen Regierungen starken Rückhalt bieten. Tatsächlich weitete NUMSAs stellvertretender Generalsekretär beim Treffen der Einheitsfront diese Warnung auf die Einheitsfront selbst aus – dass, falls eine Arbeiterpartei gegründet würde, die UF nicht zulassen sollte, dieser untergeordnet zu werden (ANN7 News, 14.12.2014).

Die Einheitsfront UF hat noch nicht alle Gruppierungen auf der linken Seite des Spektrums gewinnen können, ein Problem, mit dem sich NUMSAs Arbeiterpartei im Aufbauprozess befassen müsste. Zu diesen zählen die Economic Freedom Fighters (EFF) und die Workers and Socialist Party (WASP). NUMSA versuchte, beide eine Armlänge von sich fernzuhalten, um die Geschlossenheit ihres Entstehungsprozesses zu wahren. Die EFF, eine bedeutende Partei, die 2014 sechs Prozent der nationalen Wählerstimmen gewann, sieht sich selbst in der Rolle einer marxistisch-leninistisch-fanonistischen Partei (EFF 2013), aber in den Augen ihrer Kritiker ist sie eher als machohafte und rassistisch-populistische Partei einzustufen (Baccus 2013). Die winzige WASP ging aus einer orthodoxen marxistisch-leninistisch-trotzkistischen Politik hervor, die der offener demokratischen Linie der Einheitsfront widerspricht, obwohl sie sich zutiefst mit dem marxistisch-leninistischen Parteikonzept der NUMSA in Einklang befindet (WASP 2013).

Dies ist völliges Neuland, und die Debatten innerhalb der NUMSA und der neuen Einheitsfront UF im Laufe des Jahres 2015 werden größere Klarheit über das weitere Vorgehen bringen. Zusätzlich zu diesem Prozess hat sich die NUMSA auch umfangreich für Klimagerechtigkeit engagiert und im Jahr 2012 eine (als Gemeinschaftseigentum organisierte) erneuer-

bare Energiealternative vorgeschlagen. Dieses Projekt geht Hand in Hand mit anderen Initiativen im Bereich von Gemeinschaftsökonomie, Kooperativen, Ernährungssicherheit und Klimajobs. Sie besitzen das Potenzial, eine einfallsreiche, demokratische, öko-sozialistische Politik auf die Tagesordnung zu bringen (Pillay 2015).

3. Conclusio

Kürzlich durchgeführte Befragungen von betrieblichen GewerkschaftsvertreterInnen („shop stewards“) und nationale Wahlergebnisse bestätigen, dass die Unterstützung für die ANC-/SACP-Allianz, obwohl noch immer stark, insgesamt jedoch rückläufig ist. Während ArbeiterInnen noch immer den ANC mehr als jede andere Partei unterstützen, ist dieser Zustand nicht in Stein gemeißelt. Wie das NUMSA-Beispiel gezeigt hat, können ArbeiterInnen ihre politische Loyalität dem ANC schnell entziehen, wenn ihnen eine glaubwürdige „Arbeiterklassen“-Alternative angeboten wird, die ihren Träumen und Hoffnungen entspricht.

Dies scheint jetzt denkbar zu sein, trotz des Stillstands, der hinsichtlich des Ausschlusses der NUMSA aus dem COSATU besteht. Auf die eine oder andere Art wird die NUMSA mit einer alternativen politischen Strategie außerhalb der Allianz ihren Weg machen, am wahrscheinlichsten durch einen neuen Gewerkschaftsbund, der aus der Asche der COSATU-Abspaltung aufgebaut wird, und durch die Einheitsfront UF, um eine Arbeiterpartei zu bilden.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden im Jahr 2015 diese losen Enden zusammengeknüpft. Die Folgen des Ausschlusses des COSATU-Generalsekretärs Vavi sind aufgrund seiner enormen Beliebtheit innerhalb des Gewerkschaftsbundes und im ganzen Land als weitreichend einzuschätzen. Seine Absicht, mit der Einheitsfront UF zu kooperieren und möglicherweise eine neue politische Partei zu begründen, könnte sich als bahnbrechend für Südafrika erweisen. Während die NUMSA noch immer ihren Ausschluss aus dem COSATU anfecht, ist das wohl wahrscheinlichste Zukunftsszenario – neben einer Rückeingliederung – die Neugründung eines Gewerkschaftsbundes, der weitere unzufriedene COSATU-Mitgliedsgewerkschaften abwerben wird.

- 1 Diese beinhaltete den South African Indian Congress, den Coloured Peoples Congress, den (weißen) Congress of Democrats und die Federation of SA Women.
- 2 Manche glauben, dass die Demokratische Einheitsfront UDF nur eine Front für den ANC/die SACP war, während andere dies anzweifeln und sagen, sie habe ein hohes Maß an Unabhängigkeit gehabt und die Beeinflussung sei wechselseitig verlaufen (Good 2014).
- 3 Das heißt nicht nur formell beschäftigte ArbeiterInnen, sondern auch für informelle ArbeiterInnen, Arbeitslose und Familienangehörige von ArbeiterInnen. Während sich die Gewerkschaften in den 1970er und 1980er Jahren auf die Organisation von ArbeiterInnen in formellen Beschäftigungsverhältnissen konzentrierten, beschleunigte sich die Informalisierung von Arbeit nach 1994, wodurch sich die Gewerkschaften der Aufgabe gegenübersehen, auch diese Kategorie von ArbeiterInnen zu organisieren.
- 4 In den 1980er und 1990er Jahren umfassten diese verschiedene soziale (oder Community-) Kämpfe, wie jene um Wohnraum, (Aus-)Bildung, Transport etc., genauso wie politische Kämpfe rund um die Macht im Staat. In den letzten Jahren sind ökologische Kämpfe dazugekommen, als dritter Bereich für die ArbeiterInnenbewegung.
- 5 Diese waren typischerweise marxistisch-leninistisch oder nationalistisch, während korporatistische oder sozialdemokratische Gewerkschaften zu einem größeren Maß an Unabhängigkeit tendierten (siehe Pillay 2013b für eine vollständige Diskussion dieser unterschiedlichen Gewerkschaftsarten und deren Unterarten).
- 6 Diskussion mit NUMSA-Funktionär Dinga Sikwebu, 21/12/14.
- 7 Diskussion mit Jeremy Daphne, früherer Organisier für SACCAWU in den 1980er Jahren.
- 8 Es kam zu einer Kontroverse um die drei Stimmen der VertreterInnen der südafrikanischen Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (South African Municipal Workers Union, SAMWU), die gegen den Auftrag der eigenen Gewerkschaft, für den Verbleib von NUMSA zu stimmen, vorgingen. Die Gewerkschaft wurde durch Korruptionsskandale erschüttert und wäre andernfalls Teil einer Gruppe von acht Mitgliedsgewerkschaften in Unterstützung der NUMSA gewesen, was das Wahlergebnis knapper (30 zu 27) gemacht, aber trotzdem für den Ausschluss gesorgt hätte. Viele Mitgliedsgewerkschaften, die für den Ausschluss stimmten, waren innerlich ebenfalls gespalten, vor allem die Lehrgewerkschaft (SA Democratic Teachers' Union, SADTU) und die Transportgewerkschaft (South African Transport and Allied Workers' Union, SATAWU), und offensichtlich holten sich die FunktionärInnen, die beim Zentralexekutivkomitee dabei waren, kein Mandat ihrer Mitglieder.
- 9 Gemäß Dicks aus der NUMSA herrschte Angst, dass die SACP-nahen Gewerkschaften sicherstellen würden, dass Delegationen zu einem solchen Kongress ArbeiterInnen ausschließen, die mit NUMSA sympathisieren, und daher in der Mehrheit bleiben würden. Dies bewahrheitete sich. Ein ähnliches Ergebnis wird beim geplanten ordentlichen nationalen COSATU-Kongress im November 2015 erwartet.

Literatur

- Baccus, Imran (2013): SA – Is Malema’s EFF fascist? In: City Press, 20. August 2013.
- Buhlungu, Sakhela (2010): A Paradox of Victory: COSATU and the Democratic Transformation in South Africa. Pietermaritzburg: UKZN Press.
- Burawoy, Michael (1985): The Politics of Production. London: Verso.
- Coleman, Neil (2013): National Development Plan: The devil is in the economic detail. In: Daily Maverick, 3. April 2013, 1.
- Cronin, Jeremy (2014a): Irvin Gymnastics – the devious art of political contortionism. In: Umsebenzi 13 (10), 1-2.
- Cronin, Jeremy (2014b): What lies behind the current turmoil in COSATU? In: Umsebenzi 13 (50), 1-7.
- Economic Freedom Fighters (EFF) (2013): Gründungsmanifest: Radical Movement Towards Economic Freedom in our Lifetime. Angenommen von der Economic Freedom Fighters National Assembly zu „Was getan werden muss“ (What is to be Done), 26.–27. Juli 2013.
- Friedman, Steven (1984): Building Tomorrow Today. Johannesburg: Ravan Press.
- Good, Kenneth (2014): The UDF was not simply a creature of the ANC, Politsweb 23/7/14.
- Gumede, William (2014): Challenging the Old Union Order. In: South African Labour Bulletin 38 (1), 40-43.
- Keniston, Billy (2010): Richard Turner’s Contribution to a Socialist Political Culture, 1968-1978. Unpublished MA mini-thesis, University of the Western Cape.
- Marrian, Natasha (2014a): Public service superunion to be set up next year as rival to Cosatu. In: Business Day, 28. November 2014, 13.
- Marrian, Natasha (2014b): Numsa expulsion cannot be reversed. In: Business Day, 9. Dezember 2014, 3.
- Mashilo, Alex (2014): Cosatu and the olive branch. In: Umsebenzi 13 (51), 3-6.
- Munusamy, Ranjeni (2014a): Cosatu’s Divide and Conquer: Vavi gets reprieve, Numsa gets dumped. In: Daily Maverick, 21. November 2014, 2.
- Munusamy, Ranjeni (2014b): Vavi’s impossible dream: Numsa genie goes back in bottle. In: Daily Maverick, 23. November 2014, 3.
- National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA) (2013a): Ideological Reflections and Responses to Some of the Recent Attacks, 15. September.
- National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA) (2013b): National office bearers’ statement on the SACP augmented central committee statement of 1st December 2013, 3. Dezember.
- National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA) (2013c): Numsa Special National Congress, 17.–20. Dezember 2013, Diskussion zu Dokument 1: The Challenges confronting the labour movement in the Alliance.
- National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA) (2013e): Numsa Special National Congress, 17.–20. Dezember 2013, Deklaration.

- Paton, Carol (2013a): Numsa may start broad drive for recruits. In: Business Day, 19. Dezember 2013, 3.
- Paton, Carol (2013b) New Analysis: Union is forcing Cosatu's hand on expulsion or capitulation. In: Business Day, 20. Dezember 2013, 3.
- Pillay, Devan (2015): The NUMSA moments and the prospects of Left revitalisation in SA (Entwurf für Kapitel in New South African Review 5, Wits University Press).
- Pillay, Devan (2013a): The second phase: Tragedy or farce? In: Daniel, John/Naidoo, Prishani/Pillay, Devan/Southall, Roger (Hg.): The Second Phase: Tragedy or Farce? New South African Review 3. Johannesburg: Wits University Press, 1-10.
- Pillay, Devan (2013b): Between social movement and political unionism: COSATU and democratic politics in South Africa. In: Rethinking Development and Inequality 2, Spezialausgabe, 10-27.
- Pillay, Devan (2011): The Enduring Embrace: COSATU and the Tripartite Alliance during the Zuma era. In: Labour, Capital and Society 44 (2), 56-79.
- Pillay, Devan (2008): Holding the centre: Workers and 'popular-democratic' politics in SA. In: Journal of Asian and African Studies 43 (3), 275-301.
- Satgar, Vishwas (2014): South Africa's Emerging Green Developmental State? In: Williams, Michelle (Hg.): The End of the Developmental State? Pietermaritzburg: UKZN Press.
- Saul, John (1986): South Africa: The Question of Strategy. In: New Left Review 160, 3-23.
- Schulze-Herzenberg, Collette/Southall, Roger (Hg., 2014): Election 2014 South Africa: The Campaigns, Results and Future Prospects. Johannesburg: Jacana.
- Simons, Jack/Simons, Ray. (1983): Class and Colour in South Africa 1850-1950. London: IDAF.
- South African Communist Party (SACP) (2013a): SACP Central Committee Statement, 3. März.
- South African Communist Party (SACP) (2013b): Let's Not Monumentalise the National Development Plan. SACP Discussion Document, Mai.
- South African Communist Party (SACP) (2013c): Statement. Augmented Central Committee 29. November bis 1. Dezember, Johannesburg.
- South African Communist Party (SACP) (2014a): SACP Political Bureau Statement on developments in COSATU (veröffentlicht am 11. November).
- United Front preparatory assembly (2014): Declaration of the preparatory assembly of the United Front, 14. Dezember (veröffentlicht von Castro Ngobese, NUMSA-Sprecher).
- Van der Walt, Lucien (2014): Reclaiming Syndicalism: From Spain to South Africa to Global Labour Today. In: Global Labour Journal 5 (2), 239-252.
- Vavi, Zwelinzima (2014): A response to comrade Jeremy Cronin and an open letter to leaders and members of the SACP (veröffentlicht am 17. Dezember).

Workers and Socialist Party (WASP) (2013): Numsa congress: most important labour meeting since founding of Cosatu. Offener Brief von Wasp- an Numsa-Mitglieder, 17. Dezember.

Williams, Michelle (2008): *The Roots of Participatory Democracy: Democratic Communists in South Africa and Kerala, India*. New York: Palgrave.

Abstract

Der Südafrikanische Gewerkschaftsbund COSATU („Congress of South African Trade Unions“) hat seit seiner Beteiligung in der Drei-Parteien-Allianz mit dem Afrikanischen Nationalkongress ANC („African National Congress“) und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei SACP („SA Communist Party“) im Jahr 1990 dafür gekämpft, die Interessen der breiteren Arbeiterklasse zu verfechten. Mit einer immer schlimmer werdenden sozialen Krise im Land steht er nun vor einer kollektiven Herausforderung im Inneren. Seine größte Mitgliedsgewerkschaft, die Nationale Metallarbeitergewerkschaft von Südafrika NUMSA („National Union of Metalworkers of SA“), entschied im Dezember 2013, aus der Drei-Parteien-Allianz auszuschneiden. Dies führte dazu, dass die NUMSA – genauso wie COSATUs bekannter Generalsekretär Zwelinzima Vavi – aus dem Gewerkschaftsbund COSATU ausgeschlossen wurde. NUMSA initiierte die Bildung einer Einheitsfront („United Front“, UF) sozialer Bewegungen, um die Kämpfe der Arbeiterklasse zu koordinieren, und zog die Gründung einer Partei der Arbeiterklasse in Erwägung. Dieser Artikel skizziert die Fragmentierung der Gewerkschaftsbewegung in Südafrika und erörtert, dass eine wiederbelebte Politik für die Arbeiterklasse, unabhängig von ANC und SACP, im Entstehen begriffen ist und sich zugleich mit ernsthaften Herausforderungen konfrontiert sieht.

The Congress of South African Trade Unions (COSATU), since becoming part of the ruling alliance with the African National Congress (ANC) and SA Communist Party (SACP) in 1990, has struggled to champion the interests of the broader working class. With a rising social crisis in the country, it is now faced with a concerted challenge from within. Its largest affiliate, the National Union of Metalworkers of SA (NUMSA),

decided in December 2013 to disaffiliate from the Alliance, which led to it, as well as COSATU's outspoken general secretary Zwelinzima Vavi, being expelled from the federation. NUMSA has initiated a process to form a United Front of social movements to coordinate working class struggles, as well as explore the formation of a working class political party. This article traces the fragmentation of the union movement in South Africa, and argues that a revitalised working class politics, independent of the ANC/SACP, is emerging, but not without severe challenges.

Devan Pillay

Institut für Soziologie, Universität Witwatersrand, Südafrika

devan.pillay@wits.ac.za

Übersetzung: Astrid Blümel/Julia Eder